

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 28. April 2008

Das Präsidium der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 28. April 2008 beschlossen:

KEINE WEITEREN SOZIALGESETZE AUS DER EU

Die Europäische Union will die Gesetzgebung zur Anti-Diskriminierung ausweiten. Präsident Barroso hat für die kommenden Wochen eine Rahmenrichtlinie angekündigt, die bis Frühjahr 2009 von den EU-Gesetzgebern, dem Europäischen Parlament und dem Rat, beschlossen werden soll. Im Anschluss sind die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ist das Ergebnis einer EU-Richtlinie zur Anti-Diskriminierung.

Die nun geplante Rahmenrichtlinie sieht die Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes außerhalb der Beschäftigung vor. Zum Beispiel Erziehung, Wohnen, Sozialschutz, Altersvorsorge und der Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen sollen einbezogen werden. Manche dieser Bereiche werden vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz bereits geregelt. Eine weitere EU-Richtlinie wird die Rechtslage in Deutschland verkomplizieren.

Es zeichnet sich außerdem ab, dass die neue EU-Richtlinie sich ausschließlich auf Diskriminierung auf Grund von Behinderung bezieht, alle anderen Ursachen der Diskriminierung (Geschlecht, Rasse, ethnische Herkunft, Religion, Alter, sexuelle Orientierung) sollen nicht aufgenommen werden.

Die FDP beschließt dazu:

1. Grundrechte, Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit sind ein zentrales Anliegen liberaler Politik.
2. Es ist gut, dass in der zum Lissabon Vertrag gehörenden Grundrechtecharta diese Werte festgeschrieben sind. Die Mitgliedstaaten bekennen sich zum Kampf gegen die Diskriminierung. Das heißt aber nicht, dass die EU einen Freibrief für bürokratische Anti-Diskriminierungs-Gesetzgebung hat.
3. Eine weitere EU-Richtlinie zur Anti-Diskriminierung lehnt die FDP ab. Das ist ein Verstoß gegen das Prinzip der Subsidiarität.
4. Es ist politisch falsch, lediglich die Diskriminierung aufgrund von Behinderungen zu bekämpfen, und im Umkehrschluss andere Diskriminierungen zu erlauben.
5. Die FDP fordert die Bundesregierung auf, die Pläne der EU-Kommission zu stoppen.